

Meinungen

Kommentar

Biden hat sich mit seiner Israelpolitik verkalkuliert

Der US-Präsident kann Benjamin Netanyahu nicht lenken – auch weil beide Regierungschefs innenpolitisch geschwächt sind.

Sie nennen sich «Freunde», aber beide wissen, dass sie politische Feinde sind: US-Präsident Joe Biden und Israels Premierminister Benjamin Netanyahu vertreten gegensätzliche Auffassungen im Nahostkonflikt. Netanyahu hat die israelische Politik auf einen Rechtskurs gebracht und die Gesellschaft gespalten, er will die Hamas militärisch schlagen und auch einen palästinensischen Staat verhindern. Biden hingegen fordert eine Politik der Deeskalation,

innenpolitisch wie gegenüber den Palästinensern. Er arbeitet auf eine Zweistaatenlösung hin und verlangt, dass Netanyahu die Zivilbevölkerung in Gaza besser schützt. Die Differenzen hatten die beiden nach dem Terroranschlag der Hamas zur Seite gelegt, demonstrativ stellte sich Biden hinter Netanyahu.

Nach dem Zusammenbruch der Waffenruhe aber tragen die beiden ihren Streit zunehmend öffentlich aus. Das Weisse Haus

Seit dem Zusammenbruch der Waffenruhe tragen die beiden ihren Streit zunehmend öffentlich aus.

warnte Israel am Samstag vor einer «strategischen Niederlage»; Netanyahu schoss zurück, er fälle die Entscheidungen selbst.

Erschwert wird ein gemeinsames Vorgehen, weil beide um ihre politische Zukunft und ihr Vermächtnis ringen. Netanyahu regiert nur dank der Hilfe rechtsextremer Parteien, denen er oft weit entgegenkommt. Seitdem klar ist, dass die israelischen Geheimdienste Hinweise auf den Hamas-

Terroranschlag verschliefen, äussert er sich noch kompromissloser, um von eigenen Fehlern abzulenken.

Biden wiederum verliert zunehmend die Unterstützung muslimischer Amerikaner und linker Aktivisten, weil er sich klar hinter Israel stellte. Nun, da Biden seine Israelpolitik neu ausrichtet, öffnet er eine Flanke für Kritik von rechts. Innenpolitisch kann er sich beides gerade nicht leisten, weil er im nächsten Jahr zur Wiederwahl

antritt, bedrängt vom republikanischen Rivalen Donald Trump, einem Freund Netanyahus. Ihm leistet Netanyahu Wahlhilfe, indem er gerade öffentlich vorführt, dass er sich von Joe Biden, seinem Waffenfreund wider Willen, kein bisschen lenken lässt.



Fabian Fellmann

Gastbeitrag

Helfen Sie beim Sichern der Energieversorgung

Der Umbau des Energiesystems muss gelingen. Offener Brief ans neue Parlament.

Michael Frank

Geschätzte Parlamentarierinnen und Parlamentarier

Mit der Verabschiedung des Mantelerlasses hat das bisherige Parlament zum Legislaturende einen eminent wichtigen Pflock eingeschlagen, um dem Ausbau der Erneuerbaren den dringend benötigten Schub zu verleihen.

Und: Das Bundesgesetz über eine sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien soll damit auch das ermöglichen, was es im Titel führt: die Sicherstellung der Versorgung mit Strom.

Der Mantelerlass ist das klare Bekenntnis eines kompromissbereiten Parlaments zur Stärkung der inländischen Produktion und damit der Versorgungssicherheit: Der Ständerat hat ihn einstimmig, der Nationalrat mit nur 19 Gegenstimmen angenommen. Das Gesetz liefert die Instrumente, um das Generationenprojekt «Umbau des Energiesystems» weiterzubringen.

Als Branche sind wir bereit, uns mit allen Mitteln dafür einzusetzen. Wer hingegen den Mantelerlass bekämpft, beweist fehlende Kompromissbereitschaft und riskiert, der heimischen erneuerbaren Stromproduktion den Stecker zu ziehen und damit die Versorgungssicherheit zu gefährden.

Die Branche will den Ausbau der Erneuerbaren vorantreiben und entsprechende Investitionen in eine sichere Stromversorgung tätigen.

Das belegen zahlreiche Netzprojekte und weit über 100 Ausbauprojekte für erneuerbare Energien in unterschiedlichsten Stadien eindrücklich. Würden diese umgesetzt, produzierten sie rund 3,4 Terawattstunden wertvollen Winterstrom und trügen so massgeblich zum Erreichen unserer Ziele bei.

Doch bekanntlich kommt der Ausbau immer noch nicht richtig vom Fleck. Zu oft sind Verfahrensdauern von 20 oder mehr Jahren aufgrund von Partikularinteressen die Norm.

Mit dem Mantelerlass einher gehen in der kommenden Legislatur weitere Massnahmen. Dazu zählen die Beschleunigungsvorlage für Produktionsanlagen oder die Vernehmlassungsvorlage für einen beschleunigten Netzausbau und -ausbau, die der Bundesrat jüngst in Auftrag gegeben hat.

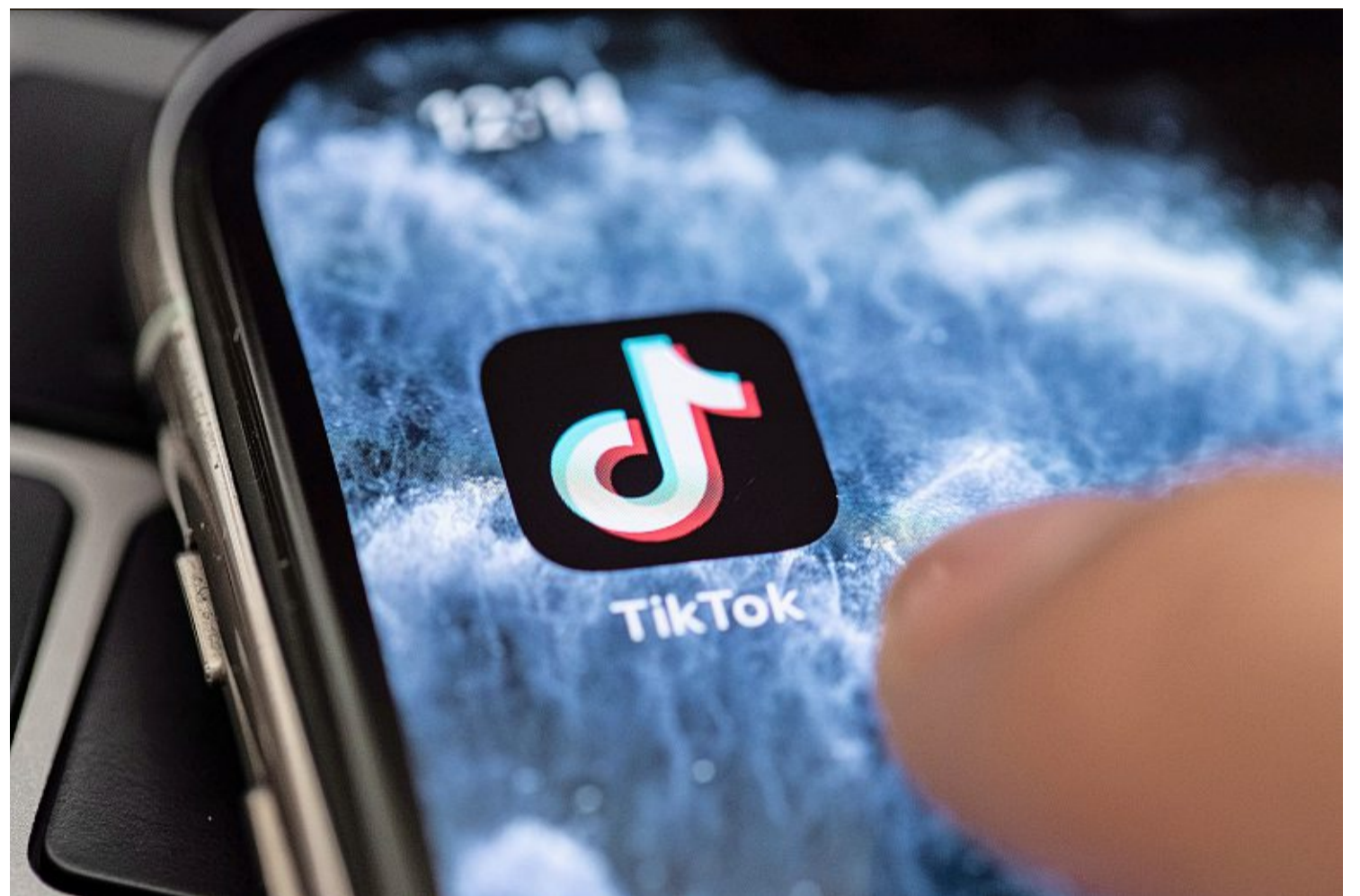
Dass die Beschleunigung auch auf die nötigen netzseitigen Anschlüsse und Leitungen ausgeweitet wird, ist unabdingbar. Netz und Produktionsanlagen müssen endlich als Gesamtsystem begriffen und von der Regulierung als solche behandelt werden. Als Branche setzen wir alles daran, diese Vorlagen mit aller Kraft zu unterstützen.

Gleichzeitig setzen wir auch weiterhin auf Sie als Parlament, das es schafft, solche wegweisenden Vorlagen für die Versorgungssicherheit zu verabschieden. Denn eine jährlich wiederkehrende Diskussion über eine Energiekrise ist der Schweiz unwürdig. Davon müssen wir wegkommen.

Die sichere Versorgung ist das übergeordnete Ziel: ein Generationenprojekt. Schaffen können wir das nur gemeinsam und pragmatisch. Ideologische Grabenkämpfe sind jetzt fehl am Platz. Den mit dem Umbau des Energiesystems unvermeidbaren Lärm des Wandels müssen und werden wir aushalten – für eine sichere Energieversorgung, einen starken Wirtschaftsstandort Schweiz und die folgenden Generationen.

Wir zählen auf Sie!

Michael Frank ist Direktor des Verbandes Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen (VSE).



Fakes und Spaltung regieren Tiktok: Die Forderung, die Videoplattform zu verbieten, ist aber plump. Foto: Keystone

Junge Tiktok-Nutzer brauchen Gegenerzählungen

Im Netz kursiert massenweise Propaganda zum Krieg in Gaza. Politik, Medien, Gesellschaft – und die Social-Media-Konzerne – müssen für Ausgewogenheit sorgen.

Christoph Koopmann

Zuerst eine kurze Exkursion durch die sogenannte For-You-Page; so heisst auf Tiktok der Platz, auf dem der Algorithmus einem alles hinwirft, von dem er annimmt, dass es einem gefallen wird. «Für dich» dieser Tage also: süsse Hunde, lustige Streiche, Ruinen in Gaza, weinende Mütter, vermeintlich mordende und lügende Israelis.

Man muss sich jedenfalls nicht wundern, dass gerade sehr viele junge Menschen auf die Strassen der Welt gehen und Solidarität mit den Palästinensern proklamieren, und zwar nur mit ihnen.

Erstens natürlich, weil es ohne Zweifel grauenhaft ist, dass in Gaza Tausende durch israelische Bomben sterben. Aber zweitens eben auch, weil auf Netzwerken wie Tiktok gerade die Bilder aus dem Gazastreifen alles überstrahlen. Und zwar ohne Zwischentöne, ohne

journalistische Einordnung des Konflikts, der ja immerhin einer der vermutlich kompliziertesten der Welt ist.

Natürlich sind die Bilder des Leids in Gaza an sich nicht das Problem; im Gegenteil, Empathie für das Leid ist nur menschlich. Es ist aber ein Riesenproblem, dass diese Bilder neben allen möglichen Fakes, Desinformations- und Verführungsversuchen durch Extremisten aller Art stehen.

Und der Algorithmus verzerrt die Wahrnehmung: Instagram, Facebook, X, aber vor allem der gnadenlose Algorithmus von Tiktok empfehlen, was erstens viele Likes und Kommentare hat und was zweitens dem ähnelt, was der jeweiligen Nutzerin oder dem Nutzer vorher gefallen hat.

Da bekommt nicht das abwägende Sowohl-als-auch-Video die grösste Reichweite, sondern die hochemotionale, einfache

Botschaft, 24/7 und ohne Filter. Maximale Polarisierung.

Tiktok beteuert, dass man seit Kriegsbeginn Hunderttausende Videos mit Fakes, Propaganda oder Gewaltverherrlichung oder mehr Moderatoren eingestellt habe, dass man einem «externen Partner» zur Prüfung Zugriff auf den Quellcode der App gewähre. Ähnliches beteuern auch die anderen grossen Netzwerke. Aber das alles genügt nicht, Fakes und Spaltung regieren weiterhin.

Gut, dass die EU-Kommission schnell eine Prüfung eingeleitet hat, ob die Plattformen mit ihrer relativen Untätigkeit gegen Gesetze verstossen. Der Nahostkrieg ist der erste Härtefall für den jüngst beschlossenen Digital Services Act der EU, der europaweit Lösungs- und Meldepflichten für illegale Inhalte vorsieht.

Man könnte sich ewig darüber aufregen, dass die grossen

Social-Media-Player zu wenig tun gegen Polarisierung, Hass und Desinformation. Man kann natürlich auch fordern, Tiktok zu verbieten, wie es in den USA gerade wieder einige Politiker tun – aber das ist plump. Anstatt die immer noch ziemlich neuen Medien dauernd zu verteufeln, wäre es Zeit, einen vernünftigen Umgang mit ihnen zu lernen.

Was ausserdem fehlt: Ideen von Politik, Zivilgesellschaft, Medien, wie man «diese jungen Leute» wieder erreicht. Gegenerzählungen zu den einseitigen Tiktok-Narrativen, und zwar auf Augenhöhe.

Der Verein Turn hat das vor einigen Jahren recht erfolgreich versucht, mit der fiktiven, aber an die Realität angelehnten Figur Jamal al-Khatib, die auf Social Media erzählte, warum es ein Fehler war, sich dem IS anzuschliessen. Solche Projekte gibt es viel zu selten. Dabei wären sie so dringend nötig.